

Zwischen Trend und Demonstration: Waffen in den USA

Parkland, Florida: Es war der 14. Februar 2018, Valentinstag. Für die Schüler und Lehrer der Majory Stoneman Douglas Highschool sollte es eigentlich ein ganz normaler Schultag sein. Es war aber der Tag, an dem 17 von ihnen nicht mehr nach Hause kamen.



Protestmarsch für schärfere Waffengesetze in Washington, DC.

Quelle: commons.wikimedia.org

Ein Tag, der die USA veränderte

Um 14:40 Uhr stürmte der 19-jährige Nikolas Cruz in die Schule, bewaffnet mit einem halbautomatischen AR-15-Gewehr und mehreren Patronen-Magazinen. Dort löste er zunächst den Feueralarm aus. Als die Lehrer und Schüler begannen, die Klassenräume zu verlassen, zündete er mehrere Rauchbomben und schoss anschließend wahllos in den Rauch. Nach 200 Schüssen mischte er sich schließlich unter die Schüler und schaffte es so, das Schulgebäude zu verlassen. 40 Minuten nach der Tat stellte er sich einem Polizeibeamten in der Nachbargemeinde, Coral Springs.

An diesem Tag fielen 14 Schüler und drei Lehrer dem damals zwölften Amoklauf dieses Jahres in den USA zum Opfer. Zwölf Amokläufe allein in Januar und Februar und die Regierung trat trotzdem noch nicht in Aktion. Kein Wunder also, dass die Angehörigen nun nach Gerechtigkeit in Verbindung mit strengeren Waffengesetzen streben, bis jetzt jedoch vergeblich. Doch woran liegt das? Warum sind die Amerikaner

solche Waffenfanatiker? Und wieso hört die Regierung den offensichtlichen Weckruf nicht?

Die NRA

Den Waffentrend in den USA kann man unweigerlich mit der Waffenlobby „National Rifle Association“ (NRA) in Verbindung bringen. Diese vertritt die feste Meinung, dass jeder Bürger uneingeschränkt Waffen erwerben, besitzen, tragen, transportieren, weitergeben und gebrauchen dürfe. Dies begründet die Organisation damit, dass jeder US-Bürger in der Lage sein solle, sich selbst, seine Familie und sein Eigentum verteidigen zu können. Ein Recht, welches der berühmte Zweite Zusatzartikel (Second Amendment) der Verfassung der Vereinigten Staaten garantiert, auch wenn über dessen Auslegung und Interpretation seit seiner Formulierung 1791 diskutiert wird. Von einer gesetzlichen Waffenkontrolle, Lizenzierungen, Registrierungen und Wartefristen beim Kauf von Schusswaffen und einem Verbot vollautomatischer Schusswaffen hält die NRA nichts, weswegen ihnen auch die zahlreichen Proteste, wel-

che aus dem Schulmassaker des 14. Februar hervor gingen, ein regelrechter Dorn im Auge sind.



Proteste gegen die NRA.

Quelle: flickr.com

Dabei verlässt sich der Verband auf seinen hohen politischen sowie gesellschaftlichen Einfluss, um seine Ziele zu erreichen. Die NRA beeinflusst seit Jahren politische Wahlen in den USA finanziell und propagandistisch. So unterstützen sie auch Donald Trumps Wahlkampf mit 31 Millionen US-Dollar, nachdem dieser sich als Waffenfan dargestellt hatte. Viele andere Politiker haben Angst, sich gegen die NRA zu stellen, gerade wegen ihres großen Einflusses.

Auch gesellschaftlich spielt die NRA eine große Rolle: So bietet sie neben Magazinen, Fernsehsendern und Messen auch Trainings für den Umgang mit Schusswaffen an; an diesen Kursen können sowohl Kinder als auch Jugendliche teilnehmen. Für Kinder vom Vorschulalter bis zur sechsten Klasse bieten sie sogar ein extra Programm für den Umgang mit Waffen an, um den Umgang „spielend“ zu erlernen.

Wer kann sich bei so viel Einfluss schon gegen diese mächtige Organisation stellen?

US-Präsident Donald Trump versuchte es. In einer Rede vom 26. Februar 2018 positionierte er sich gegen die NRA, obwohl diese ihn bei seinem Wahlkampf unterstützt hatte. Er führte aus, dass man keine Angst vor der NRA haben dürfe und stellte klar, dass man bei fehlender Unterstützung der NRA hinsichtlich eines neuen Gesetzesentwurfs für das Verschärfen des Waffengesetzes diese eben bekämpfen müsse. Vorgesehen hatte der US-Präsident, das Mindestal-

ter bestimmter Waffenkäufe von 18 auf 21 zu heben. Des Weiteren wollte er den Zugang zu Waffen für psychisch Kranke und Kriminelle strenger kontrollieren. Mit all dieser Planung positionierte sich Donald Trump auf eine Weise, die ihm bei den Angehörigen und Mitschülern des Parkland-Massakers und sogar aus dem Lager der Demokraten viel Zuspruch einbrachte.

Bewaffnete Lehrkräfte

Doch nach einem Gespräch mit den Vorsitzenden der NRA ruderte Trump wieder zurück. Plötzlich hieß es, der Präsident wolle gar keine Waffenkontrolle und würde das in der US-Verfassung garantierte Recht auf Waffenbesitz unterstützen. Lediglich ein weiterer Vorschlag, nämlich speziell geschulte Lehrer an den Schulen zu bewaffnen, blieb bestehen. Dieser Vorschlag habe auch die volle Unterstützung der NRA, wie schnell aus deren Zentrale in Fairfax, Virginia verlautet wurde. Trumps Konzept sieht so aus, dass besonders qualifizierte Lehrer, die vor dem Lehramt zum Beispiel in der Armee gedient haben, sich in Schützenvereinen befinden oder einfach als NRA-Mitglieder eine große Vorliebe für Waffen besitzen, fortan eine Dienstwaffe bei sich haben. So könnten sie im Falle eines Amoklaufs ihre Schüler beschützen und zurückschießen. Kritiker merken an, dass sich in einem solchen Fall die flüchtenden Schüler im Kreuzfeuer befinden und von mehreren Seiten Kugeln durch die Luft fliegen. Auch würden mehr Waffen nur zu mehr Unfällen mit Waffen führen.

Boycott der NRA

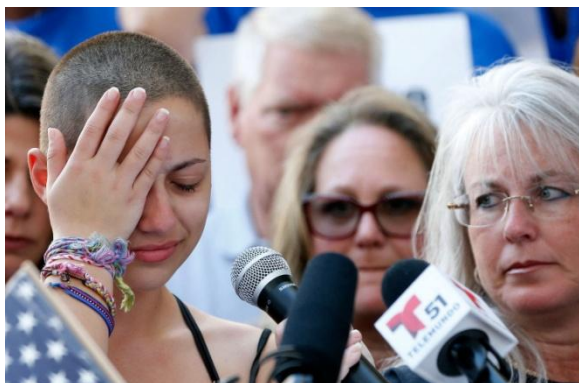
Die Angehörigen und Überlebenden des Parkland-Massakers sind enttäuscht und schockiert, dass nichts Ernsthaftes unternommen wird. So gingen sie selbst auf die Straße und protestieren. Überlebende Schüler starteten die Kampagne „Boycott NRA“, bei der es darum ging, dass zahlreiche Firmen in den USA der NRA ihre Unterstützung verweigerten. Namhafte Geschäfte, wie zum Beispiel Walmart, schränkten ihre Waffenverkäufe ein oder verschärften selbst die entsprechenden Regeln zum

Waffenkauf. Firmenkooperationen mit der NRA wurden von globalen Schwergewichten wie Avis, Hertz, Symantec, Delta Airlines und United Airlines aufgekündigt.

Bereits drei Tage nach dem Massaker demonstrierten die Schüler der Majory Stoneman Douglas Highschool selbst für verschärfte Waffengesetze. Die 19-Jährige Schülerin Emma Gonzalez hielt eine emotionale Rede, in der sie direkt gegen Trump und dessen NRA-Kontakte feuerte:

„Wenn der Präsident mir ins Gesicht sagt, dass das eine schreckliche Tragödie war und dass man nichts tun kann, frage ich ihn, wie viel Geld er von der National Rifle Association bekommen hat. Ich weiß es: 31 Millionen Dollar. Schämen Sie sich!“

Zusammen mit anderen Überlebenden gründete sie die Organisation „Never again MSD“, um Proteste und Öffentlichkeitsarbeit zu organisieren.



Emma Gonzales.

Quelle: commons.wikimedia.org

Auch andere Angehörige beteiligten sich an Protesten: Am 13. März, 2018 platzierten Demonstranten 700 Paar Schuhe auf dem Rasen vor dem Kapitol in Washington D.C. – ein Paar für jeden Schüler, der seit 2012 durch Waffengewalt ums Leben gekommen war. Manche der Schuhe waren Spenden von Familien, die ihre Kinder in einem Amoklauf verloren hatten.

Marsch für unsere Leben

Am 14. März verließen um exakt 10 Uhr an rund 3.000 Schulen landesweit rund eine Millionen Schüler ihre Klassenräume, um 17 Minuten lang den 17 Opfern in Parkland zu gedenken. Der Höhepunkt der Proteste ereignete sich am

24. März mit dem „March for our lives“. Hierbei wurde direkt für ein verschärftes Waffengesetz und gegen den großen Einfluss der NRA demonstriert. Es waren über 70 Aktionen in allen 50 US-Bundesstaaten sowie in rund 40 anderen Ländern, auf allen anderen Kontinenten und somit weltweit an über 840 Orten angekündigt. An der Hauptveranstaltung in Washington D.C. nahmen mehrere hunderttausend Menschen teil und auch hier hielt Emma Gonzalez eine ergreifende Rede, in der sie sich auf das Ausmaß der Waffengewalt bezog und allen vor Augen führte, dass wirklich Menschen gestorben waren und nie wieder zurückkommen würden. Ihre Rede rührte viele Beteiligte zu Tränen.



Quelle: Flickr.com

Wie geht es weiter?

Trotz der Proteste bleibt die Regierung untätig: Präsident Trump gab bekannt, dass es keine Erhöhung des Mindestalters für den Waffenkauf geben werde, eine wirkliche Begründung für den Sinneswandel gab es offiziell nicht. Zusätzlich könne nun mit der Bewaffnung und Ausbildung der Lehrer begonnen werden.

Die Behörden wollen sich erst einmal darauf konzentrieren, psychisch Kranke früher zu erkennen und besser zu betreuen sowie Waffenkäufer zu überprüfen, hieß es aus dem Weißen Haus. Die NRA steht hinter diesem Vorschlag Trumps. Es sieht so aus, als habe sie den Präsidenten nach einer kurzen Beziehungspause wieder um den Finger gewickelt.

Währenddessen wurde am 18. Mai, kurz vor Redaktionsschluss, bekannt, dass sich mit dem Amoklauf in Santa Fe, Texas der nun schon zweiundzwanzigste Vorfall von Waffengewalt an einer US-Schule ereignete. Der dritte Amoklauf in sieben Tagen an einer US-Schule.

Rebecca Gromes